

RS UVS Wien 1991/09/23 03/18/775/91

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 23.09.1991

Rechtssatz

Zur Auslegung des im Sinne des § 37 Abs 1 VStG maßgebenden Begriffes des "Ortes der Begehung" muß die Bestimmung des § 2 Abs 2 VStG herangezogen werden. Daraus ergibt sich, daß eine Verwaltungsübertretung regelmäßig als dort begangen anzusehen ist, wo der Täter gehandelt hat oder (bei Unterlassungsdelikten) hätte handeln sollen. Die gegenständliche Lenkeranfrage hätte der Beschuldigte in Wien beantworten sollen, da ihm das Schriftstück auch an seiner Adresse in Wien zugestellt worden war. Als Tatort einer Verwaltungsübertretung gem § 103 Abs 2 KFG ist daher der Zustellungsort des Auskunftsbeglehrens anzusehen.

Schlagworte

Lenkerankunft Nichterteilung; Tatort; Zuständigkeit örtliche

Quelle: Unabhängige Verwaltungssenat UVS, <http://www.wien.gv.at/uvv/index.html>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at